



Google Datenzentrum: Intransparente Studie zur Umweltverträglichkeit – bestmögliche Technologie missachtet

Am heutigen Freitag, den 27. März 2026 läuft die öffentliche Prozedur betreffend die Umweltverträglichkeitsstudie (étude d'évaluation des incidences sur l'environnement) für das Datacenter Google in Bissen (Projekt London-Bridge) aus. Der Mouvement Ecologique hat in diesem Rahmen - nach Rücksprache mit Experten und einem Rechtsgutachten - einen über 30seitigen Einspruch eingereicht.

Das ausliegende Dossier: eine Bestätigung der bisherigen Analyse des Mouvement Ecologique

Das Dossier Datacenter Google hat eine lange Vergangenheit. Zur Erinnerung:

- Der Mouvement Ecologique hat sich während Jahren gegen das geplante Wasserkühlungssystem eingesetzt. Dieses hätte, nach Schätzungen etwa 10 bis 15 % des aktuellen Wasserverbrauchs Luxemburgs benötigt, was die verfügbaren Wasserkapazitäten Luxemburgs bei Weitem überstiegen hätte. Das nun ausliegende Dossier bestätigt diese Argumentation nunmehr ausdrücklich!
- Während Jahren hat sich der Mouvement Ecologique ebenfalls dafür eingesetzt, die Vor- und Nachteile des Google-Projekts für die Allgemeinheit abzuwägen. Bislang haben jedoch weder Google noch der Staat eine Analyse der Umweltauswirkungen des Projekts im Verhältnis zu den wirtschaftlichen Vorteilen und den dadurch entstehenden Arbeitsplätzen vorgelegt.

Das nun ausliegende Dossier zeichnet sich einerseits durch Intransparenz in wichtigen Aspekten aus (u.a. Berufung auf Geheimhaltungsklausel) und offenbart andererseits, dass Google weiterhin nicht die bestmögliche Technik einsetzen will, dies u.a. trotz eines erheblichen Energieverbrauchs.

Das Google Projekt – auch eine Frage der europäischen Datensouveränität

Die Debatte um Google muss heute ein andere sein, als noch vor 10 Jahren: Amerikanische Firmen wie Google kontrollieren über 70% der „cloud services“ in Europa. Die Rolle der europäischen Akteure schwindet konstant und liegt derzeit bei 15%. Diese Marktdominanz bauen die amerikanischen Firmen dann auch noch durch gezielte umstrittene Geschäftspraktiken aus. Der

dadurch entstehende Verlust für die Europäische Wirtschaft ist dramatisch, mehrere Milliarden Euro. Aber vor allem: die europäischen Firmen werden in ihrer Entwicklung erheblich erschwert.

Zudem gilt das Argument längstens nicht mehr, dank Google könne sich Luxemburg im Digitalisierungsbereich positionieren. Mittlerweile hat Luxemburg dank Post Luxembourg sowie LUXCONNECT eine performante und attraktive digitale Infrastruktur aufgebaut. Aufgrund der hohen Sicherheitsstandards hat sich sogar die europäische Kommission dafür entschieden, einen Teil ihrer sensiblen Daten in Luxemburg zu speichern. Luxemburg hat daraufhin sogar einen der ersten „High Performance Computer“ anziehen können. Wer für europäische Souveränität im Digitalen eintritt muss europäische Firmen unterstützen und nicht den roten Teppich für Google ausrollen.

Es sollte eine öffentliche Debatte darüber eröffnet werden, ob der einzigartige Standort in Bissen (aufgrund seiner Nähe zum größten elektrischen Transformator von CREOS) nicht zu wertvoll für Luxemburgs digitale Zukunft ist, um an ein US-amerikanisches Technologieunternehmen zu vergeben, anstatt an luxemburgische oder europäische Akteure, mit denen die Regierung eine enge Allianz anstrebt.

Ein Projekt mit erheblichen Auswirkungen

Drei Fakten illustrieren die Größenordnung und Auswirkungen des Projektes:

- Google wäre in etwa für zusätzlich 5-7% der CO₂-Emissionen Luxemburgs verantwortlich;
- Der Stromverbrauch entspräche ca 15% des gesamten Stromverbrauchs Luxemburgs (mehr als alle Haushalte Luxemburg zusammen verbrauchen);
- 12 ha Boden würden versiegelt.

Umweltverträglichkeitsstudie des Datenzentrums: in zentralen Bereichen intransparent – bestmögliche Technologie missachtet

Der Mouvement Ecologique musste u.a. folgende Mängel im ausliegenden Dossier feststellen:

- **Zentrale Daten liegen nicht vor – dies im Widerspruch zu gesetzlichen Vorgaben:** z.B. betreffend das Energieaudit oder zur Auswahl des Kühlsystems. So fehlt z.B. ein umfassender technischer Vergleich zwischen Luft- und Flüssigkeitskühlung, der den Anforderungen zur Anwendung der besten verfügbaren Technologie entspricht. Ebenso liegt keine vollständige Lebenszyklusanalyse des Notstromsystems vor- hier setzt Google auf eine gigantische Anzahl an Dieselgeneratoren, anstatt auf Batteriespeicher, welche sowohl zur Resilienz des Standorts als auch zur Dekarbonisierung des Netzes und zu den internationalen Verpflichtungen von Google beitragen würde.
Google beruft sich dabei auf vermeintliche Betriebsgeheimnisse, dies entgegen dem Recht auf Einsicht der BürgerInnen betreffend Auswirkungen auf die Umwelt anbelangt, da so das Energiekonzept und seine Auswirkungen auf Klima und Umwelt nicht nachvollziehbar ist.
- **Das Google-Datencenter in Bissen - weit weniger effizient als der sonstige Standard von Google:** Für Datenzentren gibt es einen Energieeffizienzindex (PUE), der als energiepolitische Messlatte dient – je eher an 1 desto besser. Dieser liegt nach Aussagen von Experten weltweit bei Google bei einem Wert von 1,09. Aufgrund eines problematischen Kühlsystems

läge er bei 1,3 beim geplanten Datenzentrum in Bissen! Gegenüber vergleichbaren Anlagen von Google im Ausland entspricht somit das Projekt in Bissen nicht gängigen Standards (von Google selbst).

- **Google gibt keine zufriedenstellende Antwort woher die Energie stammt:** Obwohl Google ca 15% des landesweiten Stromverbrauchs auf sich verbuchen würde, wird nur in einem Satz die Absicht geäußert, 100% erneuerbare Energien zu verwenden und widersprechen sich anschließend mit dem Satz 24/CFE. CFE steht für carbon free energy, beinhaltet also Atomstrom. **Aus dem Dossier geht also weder eindeutig hervor ob Google Atomstrom womöglich aus Cattenom oder Tihange importieren möchte, was einen ziemlichen Affront darstellen würde oder aber aus 100% erneuerbaren Energiequellen. Aber auch zu den Erneuerbaren Energien fehlt jedes Detail, außer dass Google sage und schreibe 0,3% seines Stromes vor Ort mit Solarpanelen herstellen will. Woher die restlichen 97,7% des Stromes herkommen soll ist komplett schleierhaft.**

Es fehlt auch an jedweden klaren Verpflichtungen, wo. Es geht ja immerhin darum verpflichtend, eine 24/7-Versorgung und 100 % erneuerbare Energien mit einem Stromversorger sicher zu stellen, eine in den Plan zur Versorgung mit erneuerbaren Energien integrierte Speicherstrategie sowie ein Programm zur Nachfragesteuerung, das es ermöglicht, den Verbrauch des Standorts zu Spitzenzeiten des luxemburgischen Netzes anzupassen.

- **Es ist keine verpflichtende Nutzung der erheblichen Menge an Abwärme vorgesehen.** Dabei ist ein Rechenzentrum von der Größe von London Bridge naturgemäß eine immense Wärmequelle. Fast der gesamte von den Servern verbrauchte Strom wird in Abwärme umgewandelt. Ausgehend von einem prognostizierten Stromverbrauch ist davon auszugehen, dass 1.000 GWh/Jahr nutzbare Wärme anfallen. Dies **entspricht dem Heizbedarf von mehreren Zehntausend luxemburgischen Haushalten.** Das neue Rechenzentrum liegt zudem in der Nähe mehrerer Fernwärmenetze, die derzeit mit Gas (Ettelbruck, 6 km entfernt) bzw. Diesel (Diekirch, 10 km entfernt) oder Holz (Bissen) betrieben werden und somit die enorme bei Google verfügbare Abwärme nutzen könnten.

Die derzeitige Anlage stellt a priori nicht einmal sicher, dass die Abwärme in einer späteren Phase genutzt werden kann.

- **Weitere Mängel in der konkreten Ausführung:** Weitere Aspekte, die im Einspruch kritisch hinterfragt werden beziehen sich auf die Auswirkungen auf die angrenzende natürliche Umwelt, die Wasserdurchlässigkeit der Bodenversiegelung, die Begrünung der Dachflächen der Hallen sowie Maßnahmen zur lokalen Regenwasserrückhaltung.

Das ausliegende Dossier entspricht derart weder den Anforderungen des geänderten Gesetzes vom 15. Mai 2018 über die Umweltverträglichkeitsprüfung noch denen des Gesetzes vom 25. November 2005 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen, das den wesentlichen Bezugsrahmen in diesem Bereich bildet.

Aus diesen Gründen fordert der Mouvement Ecologique mit Nachdruck, dass die derzeit laufende Prozedur als null und nichtig betrachtet werden sollte. Google sollte aufgefordert werden, die fehlenden bzw. unzureichenden Informationen zu erstellen, dies im Hinblick auf eine neue öffentliche Prozedur, welche den gesetzlichen Anforderungen und der bestmöglichen

Technologie gerecht wird.

Sollte dennoch auf der Grundlage der vorliegenden Unterlagen und ohne Berücksichtigung der fundierten Argumente des Mouvement Ecologique eine Genehmigung erteilt werden, behält sich dieser alle Rechtsansprüche vor.

27.3.2026